

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz
Gemeindeverbands-Stromkonto: Bad Schandau 36 — Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Druckerei: Bad Schandau Nr. 22 — Druckanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbjährlich ins Haus gebracht 90 Gold-Mrk., für Selbstabholer 80 Gold-Mrk. Einz. Nummer 10 Gold-Mrk. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezücker nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Klingelshölzel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtshölzel, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele — Verantwortlich: A. Mohrklapper

Anzeigenpreis (in Goldmark): die 7 gelbaltene 35 mm breite Zeile 15 Bfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Bfg., 85 mm breite Reklamazeile 80 Bfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt
Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Nr. 265

Bad Schandau, Mittwoch, den 12. November 1924

68. Jahrg

Für eilige Leser.

* In den nächsten Tagen werden Verhandlungen über eine allgemeine Erhöhung der Beamtenegehälter geführt.

* In Berlin ist das äußerst wichtige Verkehrsmittel der Hoch- und Untergroßbahn durch Streit vollständig stillgelegt.

* Der neue englische Premierminister Baldwin betonte in einer Rede die Innehaltung der bisherigen Politik in bezug auf Deutschland.

* Der Eisenbahnerstreik in Österreich ist noch in voller Wirkung, doch hofft man auf Beilegung Ende der Woche.

* Zwischen den aufständischen Kistabylon in Marokko und Spanien sind Friedensverhandlungen im Gange.

Baldwin über Deutschland.

Eine typisch englische Gewohnheit ist es, führende Männer in der Politik bei einer festlichen Gelegenheit wichtige politische Reden halten zu lassen. So hat auch der neue englische Premierminister Baldwin in seiner ersten, also programmatischen Rede bei dem diesjährigen Festessen in der Londoner Guildhall vom Stapel gelassen, wo anlässlich des Wechsels in der Besetzung des Londoner Oberbürgermeisterpostens ein feierliches Festessen veranstaltet wurde. Auch der neue Außenminister, Austen Chamberlain, benutzte diese Gelegenheit, um sich in seiner neuen Eigenschaft den ausländischen Diplomaten, die natürlich auch alle geladen waren, vorzustellen und ihnen einige Freundlichkeiten zu sagen. Vielleicht ist es etwas auffallend, daß er ganz besonders scharf die diplomatische Einheit des Reiches betonte und die Beziehungen der verschiedenen Teile dieses Reiches in den außenpolitischen Fragen als überaus intim und eng hinstellte. „Das Empire müßte an den Beratungen der Welt mit einer einzigen Stimme sprechen.“ Wesentlich kühlter war der reichlich konventionelle Satz, daß England mit dem Alliierten des Weltkrieges durch ein tieferes und wärmeres Gefühl verbunden sei und mit ihm eine intimere Freundschaft zu unterhalten wünsche.

Baldwin betonte, eine Politik der Stabilität und Kontinuität zu führen, sei sein Ziel, d. h. in gutes Deutsch gefeßt: man will das Erbe, das man von der Arbeiterregierung übernommen hat, nicht etwa wegwerfen, sondern den Zustand, in den die neue Regierung eintritt, so annehmen, wie er ist. Also nichts anderes, als daß die Wahrung der Friedensverträge und ihre Durchführung die Aufgabe der Regierung ist. Erhaltung der engen Beziehungen zu den anderen Alliierten ist damit als die zweite Aufgabe gefeßt, weil ja der Londoner Pakt sie alle, die Alliierten, zu gemeinsamer Durchführung der Friedensverträge eng zusammengeschlossen hat. Aber wieder kommt dazwischen der schon fast formelhaft gewordene Satz: „Wir werden Frankreich unsere freundschaftliche Unterstützung und Hilfe gewähren in der Fortsetzung derjenigen Politik, die beide Länder so nahe zusammengebracht hat.“

Das Auffallendste an der Rede ist aber die immer wiederkehrende Betonung, daß das neue konservative Regiment keine Regierung der Stagnation, also des stumpfsinnigen Festhaltens an dem, was ist, und der eigensinnigen Abwehr jedes Fortschritts sein will, sondern eine Regierung des gesunden Fortschritts. Nicht erhalten um des Erhaltens willen, sondern organische Fortentwicklung auf dem Boden dessen, was ist. Auffallend ist diese Betonung deswegen, weil sie nicht nur ausdrücklich innenpolitisch gemeint ist, sondern, was uns Deutsche ja vor allem interessiert, auch außenpolitisch. Das bedeutet nichts anderes als: Gewiß steht England auf dem Boden des Vertrages von Versailles, aber „wir werden bereit sein, Meinungsverschiedenheiten über diesen Vertrag dem Völkerverbande selbst zur Entscheidung zu überlassen.“ Die gleiche Forderung stellt Baldwin nun an Deutschland: Der Londoner Pakt ist eine Tatsache, mit der Deutschland rechnen muß. Und dieses Abkommen zu erfüllen sei Pflicht Deutschlands, weil die Erfüllung Deutschland zu einem Faktor des Friedens mache. Baldwin betrachtet aber den Londoner Pakt auch wieder nicht als den Vertrag an sich, sondern stellt ihn in den Zusammenhang der Entwicklung von Versailles über den Dawesbericht bis zur Londoner Konferenz. Und als Fortsetzung dieser Entwicklung will er die Tätigkeit des Völkerverbandes in Anspruch nehmen; er begrüßt deswegen Deutschlands Bereitschaft, in den Völkerverband einzutreten, und er vertraut darauf, daß die Ausführung dieser Absicht nicht mehr lange hinausgezögert wird.

Baldwin hat in seiner Guildhallrede nur ein paar Striche gezeichnet, die noch wohl in aller nächster Zeit zu dem großen Bilde der Außenpolitik vervollständigt werden müssen, wie sie nun von dem neuen Kabinett betrieben werden wird. Sehr bald schon wird der neue Premierminister vor ganz entscheidende Fragen gestellt werden, nämlich vor allem vor die Frage der Rücknahme der Klönerzone und des Ruhrgebietes. Denn beides ist aufs engste miteinander verknüpft. Schon Mitte Dezember wollen die Alliierten Beschlüsse darüber fassen.

Dann wird sich entscheiden, ob den Worten Baldwin auch die Tat folgt.

England und Rußland.

London, 11. November. Die konservative Regierung ist sich bereits schlüssig darüber, daß der von MacDonald mit den Russen abgeschlossene Vertrag nicht ratifiziert wird. Sobald Chamberlain die verfahrenen Sinowjew-Angelegenheit erledigt hat, beabsichtigt er den Russen zu erklären, daß der vorliegende Vertrag nicht ratifiziert wird, England aber bereit sei, auf einer neuen Grundlage ein Vertragsverhältnis mit Rußland herbeizuführen.

Der Fall Rathusius.

Französische Beschuldigungen.

Die Reichsregierung hat bekanntlich in Paris Protest gegen die Verhaftung des Generals v. Rathusius eingelegt, der auf



von Rathusius.

Seberleiden krank. Von Rathusius bleibe selbstverständlich bis zur Revision seines Prozesses in Frankreich, aber er müßte in völliger Freiheit Maßnahmen zu seiner Verteidigung treffen können.

französisches Gebiet gekommen war, um das Grab seines Sohnes zu besuchen. Er war wegen eines angeblichen Kriegsvergehens von einem französischen Kriegsgericht ohne sein Wissen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Nun soll ein erneuter Prozeß gegen ihn stattfinden. Ein Teil der französischen Presse versucht krampfhaft, Material gegen den deutschen General zu sammeln, dem man „Diebstahl“ vorwirft. Die deutsche Botschaft in Paris erklärt, daß sie schon aus rein menschlichen Gründen ein Gesuch bei Herrlot gestellt habe, Rathusius zu entlassen, da er 68 Jahre alt ist und an einem Hals- und

Eine neue Hezrede gegen Deutschland.

Paris, 12. November. Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Paris hat General Gouraud, der Militärregiment, gestern eine neue Hezrede gegen Deutschland gehalten. Er erklärte, daß die Haltung Deutschlands seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles beweise, daß es die Demütigungen von 1918 nicht überwinden könne. Deutschland sei fest entschlossen, den Versailler Vertrag als einen Felsen Papier zu behandeln und denke nur daran, Vergeltung zu üben. Frankreich müsse daher mit dem Schwerte umgürtet bleiben, wenn seine Kinder nicht eines Tages den Greueln des Krieges ausgeföhrt werden sollen.

Ein Deutscher in Frankreich niedergeschrien.

Paris, 11. November. Im Verlaufe einer Erinnerungsfeier an den Waffenstillstand in Amiens ergriff ein Deutscher namens Franz Trud das Wort zu einer Ansprache. Gegen seine Anwesenheit wurde von verschiedenen Seiten lebhaft protestiert. Eine Schar junger Leute erzwang den Eingang in den Saal und nahm Trud gegenüber eine drohende Haltung ein. Es kam zu einem Handgemenge. Hierauf zogen die Störer vor die Wohnung des Bürgermeisters, der erklärte, nichts austrichten zu können, da es sich um private Veranstaltungen handele.

Beendigung des österreichischen Eisenbahnerstreiks?

Wien, 12. November. Gestern abend wurden die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen und der Generaldirektion der Bundesbahnen beendet. Wie der Generalsekretär des Präsidenten der Bundesbahnen dem Wiener Vertreter der E.M. mitteilte, nahmen die Vertreter der Eisenbahner den Vorschlag des Präsidenten der Bundesbahnen an und erklärten, ihn heute in den Eisenbahnerversammlungen zur Beschlußfassung vorzulegen. Man zweifelt nicht daran, daß der Vergleichsvorschlag die Genehmigung der Eisenbahner finden wird. Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß der Streit heute beendet wird. Von der Leitung der Bundesbahnen sind bereits Weisungen ergangen, so daß im Falle der Annahme des Vorschlags der Betrieb sofort wieder aufgenommen werden kann.

Kommunistische Propaganda in Wien.

Wien, 11. November. Der reichsdeutsche Kommunist Werner, der hier eine lebhaft propagandistische Veranstaltung, wurde zur Polizei geladen und gegen ihn die Ausweisung angeordnet. Auch der tschechische Kommunist Hadel, der hier ebenfalls für die

Kommunisten agitierte, wurde verhaftet. Die Allgemeine Zeitung verweist darauf, daß eine große Anzahl reichsdeutscher Kommunisten sich in Wien bemerkbar machen.

Der Hauptausschuß des Nationalrates für Seipels Wiederwahl.

Wien, 11. November. Im Nationalrat wurde heute eine kurze Sitzung abgehalten, in der lediglich die Demission des Kabinetts zur Kenntnis gebracht wurde. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag vormittag 11 Uhr angesetzt. Im Anschluß an die Sitzung des Nationalrates tagte der Hauptausschuß, der mit 8 gegen 6 Stimmen beschloß, entsprechend dem Wunsche des Nationalrates die Wiederwahl des Kabinetts Seipel zu beantragen. Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte, daß er und die übrigen Mitglieder der Regierung die Wahl am Donnerstag nur unter der Bedingung annehmen würden, daß der Ausgang des Eisenbahnerstreiks keine Mehrbelastung für das Budget bringe, und daß die anderen Bundesbeamten ihrerseits mit keinen Forderungen an die Regierung herantreten.

Der bayerische Finanzminister über die Besprechungen in Berlin.

München, 11. November. Finanzminister Dr. Krausneck gab vor Pressevertretern einen Ueberblick über die Finanzministerbesprechungen in Berlin über die Frage der Auslandsanleihen und der Steuerminderungen. Er teilt mit, daß er im Namen Bayerns die auf Grund des Artikels 48 erlassene Notverordnung in der Anleihefrage als ein Glied derjenigen Maßnahmen bedauert habe, die die Reichsfreudigkeit zu stören und das feste Reichsgefüge zu lösen geeignet seien. Der Minister hält es für zweifelhaft, daß die vom Reichsfinanzminister angestrebten Richtlinien zustande kommen. Bezüglich der Steuerermäßigung äußerte er Zweifel, daß die beabsichtigte Preisreduktion erreicht werde, wenn nicht das ganze Problem von Grund auf anders behandelt werde. Immerhin sei zu hoffen, daß die Steuerausfälle durch eine Hebung der Wirtschaft hereingebracht werden.

Amerikanische Anleihen für Privatwohnungsbauten.

München, 11. November. Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages wurde angeregt, amerikanische Anleihen für private Wohnungsbautätigkeit zu vermitteln. Der Sozialminister Oswald erklärte, man solle diese Anleihen nicht zu sehr in den Vordergrund stellen, da nur schwer und nicht unter 10 v. H. Geld von Amerika zu haben sei.

Die Lohnforderungen der Beamten.

Berlin, 11. November.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn wird am 16. November zu einer Sitzung zusammentreten, die sich mit dem bisherigen Ergebnis der Lohnverhandlungen mit den Eisenbahnarbeitern beschäftigen soll. Dem Vernehmen nach werden in den nächsten Tagen auch die Beamtensorganisationen der Reichsbahn beim Reichsfinanzministerium wegen einer Gehaltserhöhung vorstellig werden. In der Frage der Neuregelung der Beamtenbesoldung dürfte die Entscheidung des Reichsfinanzministeriums erst fallen, wenn vorher eine Verständigung mit den Regierungen der Länder erzielt worden ist. Die Vertreter der Landesregierungen werden voraussichtlich schon in dieser Woche in Berlin eintreffen. Erst dann wird die Reichsregierung die Spitzenorganisation der Beamten zu Besprechungen einladen. Mit den Eisenbahnergewerkschaften soll schon eine vorläufige Einigung über die Lohn-erhöhung erzielt sein.

Belastung durch die soziale Fürsorge.

Übertriebene Behauptungen.

Gegenüber stark übertriebenen Nachrichten über die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft durch Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge, die in letzter Zeit in der Presse aufgetreten sind, bringt das Reichsarbeitsblatt die wirklichen Ziffern, wie sie sich für das Jahr 1924 ergeben, und den ziffernmäßigen Vergleich mit der Vorkriegszeit. Insgesamt stellen sich die Lasten der Unfall-, Angestellten-, Invaliden- und Krankenversicherung für das Jahr 1924 auf 1290 Millionen Reichsmark gegenüber 1102 Millionen im Jahre 1913. Für die Erwerbslosenfürsorge werden im Durchschnitt Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur mit 1/2 % vom Grundlohn belastet. Für die „Lohn-tüte“ der einzelnen Arbeitnehmergruppen ergibt sich aus Sozialversicherung und Arbeitslosenfürsorge zusammen nicht, wie behauptet wurde, eine Belastung von 16 % des Lohnes und darüber, sondern eine solche zwischen 5,9 und 6,4 % zuzüglich einer solchen für den Arbeitgeber von 4,4 bis 5,0 %.